



Sitzungsvorlage

Amt/Abteilung: Jugendamt Datum: 09.03.2012	Aktenzeichen: 510		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	19.03.2012	Vorberatung	
Jugendhilfeausschuss	06.06.2012	Vorberatung	
Sozialausschuss	14.06.2012	Vorberatung	
Stadtrat	28.08.2012	Entscheidung	

Betreff:

Teilnahme am "Audit Familiengerechte Kommune"

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Teilnahme am Audit „Familiengerechte Kommune“ zu und beauftragt die Verwaltung eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit dem Verein „Familiengerechte Kommune e.V.“ abzuschließen. Der finanzielle Aufwand für das Audit in Höhe von rund 21.000 Euro wird von der Fix-Stiftung Landau erstattet.

Begründung:

Die Stadt Landau versteht sich als familien- und bildungsfreundliche Kommune sowie als Stadt für alle Generationen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem zunehmenden Standortwettbewerb um Unternehmen und Familien gewinnt die Gestaltung familiengerechter Lebensbedingungen besondere Bedeutung. Mit dem prosperierenden Wirtschaftsstandort Landau muss einhergehen, dass hier die Menschen neben beruflichen Perspektiven auch ein dauerhaft lebenswertes Umfeld finden. Um dies zu gewährleisten, ist es erforderlich, die Familienpolitik und die familienrelevanten Angebote regelmäßig an die aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Die Unterstützung aller Familien in ihren sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen hat einen hohen Stellenwert in der Stadt Landau; hier sollen sich Menschen aller Altersgruppen wohl fühlen.

Um die Bedarfe und Interessen von jungen und älteren Menschen zu berücksichtigen wird in Landau die soziale Infrastruktur für Familien stetig weiter entwickelt. Dabei wurden bereits notwendige Maßnahmenpakete im Dialog mit den lokalen Akteuren aus Politik, Verwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Interessenvertretern, gesellschaftlichen Gruppen und Vertretern der Bürgerschaft entwickelt und umgesetzt. Auf einem guten Weg zu sein, bedeutet jedoch noch nicht, am Ziel zu sein. Das Audit „Familiengerechte Kommune“ kann der Stadt Landau dabei helfen,

- die Landauer Familienpolitik zu systematisieren und strategisch weiterzuentwickeln
- die Zielorientierung in der Landauer Stadtentwicklung zu schärfen,
- bestehende Aktivitäten unterschiedlicher Akteure besser zu vernetzen,
- Familien und Bürgerschaft in einen solchen Prozess als aktive Partner zu gewinnen und damit
- Familienpolitik der Stadt insgesamt noch wirkungsvoller und effizienter zu gestalten.

Dabei sollen in Landau folgende spezielle Aspekte beleuchtet werden:

Standortpolitik

Familiengerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Pflege sowie Beruf, gut organisierte Übergänge innerhalb der Bildungskette und zwischen Schule und Beruf sowie die Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen stellen wichtige Faktoren der Standortqualität für Landauer Unternehmen dar. Stichwort: Bekämpfung des zu erwartenden Fachkräftemangels.

Lebensqualität

Familiengerechtigkeit in Wohnumfeld, Freizeitgestaltung und städtischer Kultur ist ein zunehmend wichtiges Argument bei der Abwägung, wo mobile, leistungsfähige Familien ihren Wohnort wählen. Daher kann eine Auditierung auch die Attraktivität Landaus für Familien steigern.

Soziale Stabilität und Zusammenhalt der Stadtgesellschaft

Familiengerechtigkeit bedeutet auch Gerechtigkeit. Frühe Förderung und Bildung, Prävention, Gesundheitsschutz, Vermeidung von Familien- und Kinderarmut sind Aufgaben der Kommune, die sowohl gesellschaftlich immer drängender werden als auch wirtschaftlich für eine Kommune immer höhere Bedeutung erlangen, Stichwort: hohe Sozialkosten.

Kinderschutz

Die Stabilität von Familien und Lebensgemeinschaften wird durch bedarfsgerechte Angebote für Familien sowie Kinder und Jugendliche gefördert. Damit wird der Kinderschutz unterstützt und das Wohl der Kinder und Jugendlichen in Landau gefördert.

Integrationspolitik

Menschen mit Migrationshintergrund brauchen teilweise besondere Hilfestellungen, vereinigen andererseits aber auch vielfältige Potenziale, die es entsprechend zu nutzen gilt. Darauf will das jüngst verabschiedete Integrationskonzept mit seinen Handlungsfeldern Arbeit, Atmosphäre, Bildung, Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Sprache hinwirken.

Demografische Entwicklung

Immer weniger Menschen werden künftig Lohn und Gehalt beziehen, immer größer wird der Anteil an Transferleistungsbeziehern; um so wichtiger ist es, soziale Aufgaben bedarfsoptimiert auszurichten und Menschen in der sogenannten „Sandwich-Generation“ zu helfen, Familie und Pflege sowie Beruf zu vereinen.

Menschen mit Behinderungen

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen genießt einen hohen Stellenwert. Gemeinsam mit den Leistungserbringern versuchen die Stadt Landau und die benachbarten Landkreise in der Region Südpfalz einer gelingenden Inklusion Rechnung zu tragen. Dazu gehören insbesondere die zeitgemäße Steuerung der Angebote und eine weiter zu entwickelnde Barrierefreiheit.

Interkommunaler Wettbewerb um Einwohner und Unternehmen

Das Audit kann auch dazu genutzt werden, um zunächst substanziell von der Leistungsseite her einen Standortvorteil gegenüber angrenzenden Kommunen zu erlangen. Ebenso sollte aber auch der Image-Gewinn, der durch das Zertifikat entsteht, aktiv für das Standortmarketing verwendet werden. Stichwort: Vermarktung Wohnareal „Am Ebenberg“.

Zusammenfassend: Das Audit „Familiengerechte Kommune“ zielt darauf ab, die Potenziale der wechselseitigen Beziehung von Lebensqualität für Familien und Standortpolitik für die Unternehmen in Form einer strategisch angelegten Win-win-Situation für die gesamte Kommune auszuschöpfen.

Entwicklung und Träger des Auditierungsverfahrens

Das Auditierungsverfahren wurde im Jahr 2008 von der Bertelsmann Stiftung, der berufundfamilie gGmbH der Hertie-Stiftung und dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) des Landes Nordrhein-Westfalen entwickelt und modellhaft in NRW und Baden-Württemberg umgesetzt. Acht nordrhein-westfälische Pilotkommunen haben sich dem Prozess erfolgreich gestellt und im Juli 2010 das Zertifikat „Familiengerechte Kommune“ verliehen bekommen: Aachen, Altena, Düsseldorf, Emsdetten, Gladbeck, Kreuztal, Lippstadt und Rödinghausen, vier baden-württembergische Kommunen wurden anschließend im Rahmen einer gemeinsamen Pilotphase mit dem baden-württembergischen Sozialministerium auditiert.

Auch das Land Rheinland-Pfalz sieht das Audit „Familiengerechte Kommune“ positiv, neben Landau planen auch andere Kommunen die Teilnahme an diesem strategischen Steuerungsprozeß.

Im Jahr 2011 haben Vertreter der Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit Experten in kommunaler Familienpolitik aus der Ruhr-Universität Bochum den gemeinnützigen Verein „Familiengerechte Kommune e.V.“ gegründet. Die Geschäftsstelle des Vereins hat ihren Sitz in Bochum. Erster Vorsitzender des Vereins ist Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie/Stadt und Region, Familie, zweite Vorsitzende ist Dr. Kirsten Witte (früher Deutscher Städtetag), Leiterin des Programms „LebensWerte Kommune“ in der Bertelsmann Stiftung.

Die Verfahrenskosten in Höhe von rund 21.000 Euro werden durch zweckgebundene Spenden der Fix-Stiftung Landau gedeckt.

Verwaltungsintern obliegt dem Jugendamt die Durchführung des Projektes. Da das Projekt mit vorhandenem Personal durchgeführt werden soll, entstehen keine zusätzlichen Personalkosten, federführend wird die Koordinationsstelle für den Kinderschutz tätig.

In der dreijährigen Umsetzungsphase berichtet die Stadt Landau jährlich dem Verein Familiengerechte Kommune über den aktuellen Entwicklungsstand. Nach drei Jahren kann eine Re-Auditierung in einem vereinfachten Verfahren erfolgen.

Gegenstand des Auditierungsverfahrens

Im Audit werden folgende sechs Handlungsfelder untersucht:

1. Steuerung, Vernetzung und Nachhaltigkeit
2. Familie und Arbeitswelt, Betreuung
3. Bildung und Erziehung
4. Beratung und Unterstützung
5. Lebensqualität und Wohnumfeld
6. Senioren und Generationen.

Prozessbeteiligung im Auditierungsverfahren

Der Träger „Familiengerechte Kommune e.V.“ begleitet den Zertifizierungsprozess mit lizenzierten Auditorinnen und Auditoren. In der Umsetzungsphase ist der Verein „Familiengerechte Kommune e.

V.“ u. a. für die Pflege des Netzwerkes der Audit-Kommunen verantwortlich. Er übernimmt die Moderation und die fachliche Leitung gemeinsamer Treffen für den Austausch ebenso wie die Fortbildung der Akteure.

Ablauf des Auditierungsverfahrens

Das Verfahren zur Auditierung setzt sich aus mehreren Phasen zusammen. In dem einjährigen Prozess werden familienpolitische Strategien entwickelt, mit hoher Verbindlichkeit beschlossen und z. T. bereits umgesetzt.

Analyse

Familienpolitische Strategien orientieren sich an der konkreten Ausgangslage, daher stehen am Anfang eine ausführliche Bestandsaufnahme und Analyse der Landauer Rahmenbedingungen.

Strategieworkshop

Im Rahmen eines anschließenden Strategiewshops werden wesentliche Ziele und Schwerpunkte des weiteren Verfahrens unter Beteiligung des vom AKJF gebildeten Unterausschusses „Familiengerechte Kommune“ erarbeitet.

Beteiligungsphase

Der Prozess wird in die Landauer Öffentlichkeit getragen, um auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt zu werden. Verbände, Experten, Interessenvertreter, Unternehmen und vor allem Bürgerinnen und Bürger werden motiviert, sich in themenbezogenen Workshops mit ihrer Expertise und guten Ideen einzubringen.

Zielvereinbarungsworkshop

Hier werden unter Beteiligung des Stadtrates die bisherigen Ergebnisse zusammengetragen, um daraus konkrete Ziele und Maßnahmen abzuleiten. Diese sind Hauptgegenstand der abschließenden Begutachtung und Zertifizierung.

Ratsbeschluss

Das Audit will ein hohes Maß an Verbindlichkeit erreichen. Erst ein weiterer Ratsbeschluss macht die im Zielvereinbarungsworkshop getroffenen Absprachen verbindlich.

Zertifizierung

Über die Vergabe des Zertifikats “Familiengerechte Kommune” entscheidet eine unabhängige Jury anhand öffentlich zugänglichen Kriterien Basis der abschließenden Beurteilung sind die vom Rat beschlossenen Ziele und Maßnahmen.

Anschließend erfolgt eine dreijährige Phase, in der die Ziele und Maßnahmen umgesetzt werden.

Das Auditierungsverfahren soll in der 2. Jahreshälfte 2012 beginnen.

Finanzielle Auswirkung:

Keine finanzielle Auswirkung, da die Kosten von der Fix-Stiftung übernommen werden.

Beteiligtes Amt/Ämter: Jugendamt, Sozialamt, Finanzverwaltung, Hauptamt, BGM, OB

Schlusszeichnung:

